

# MENSCHEN IM WIDERSTAND

Mittelbaden 1933–1945

von Adalbert Metzinger

Sonderveröffentlichung des Kreisarchivs Rastatt, Band 13

# Gliederung

Editorial .....	3
Vorwort .....	4
Zum Geleit .....	5
<b>1. Einleitung .....</b>	<b>9</b>
<b>2. Widerstand und seine Formen – Versuch einer Begriffsbestimmung .....</b>	<b>13</b>
<b>3. Gestapo und Denunziation .....</b>	<b>17</b>
<b>4. Widerstand aus der Arbeiterbewegung (KPD, SPD) .....</b>	<b>29</b>
4.1 Beispiele .....	29
4.2 Pius Uhrig .....	47
4.3 Heinrich Focken .....	51
<b>5. Widerstand aus dem Glauben .....</b>	<b>59</b>
5.1 Katholiken .....	60
5.1.1 Geistliche .....	60
5.1.2 Konflikte mit der Hitlerjugend: Bühler Pfadfinder-Stamm St. Georg – Adolf Bauer (Hörden) .....	68
5.1.3 Bernhard Lorenz .....	69
5.2 Protestanten .....	72
5.2.1 Pfarrer Ernst Berendt: Im Glauben getreu bis in den Tod .....	73
5.3 Zeugen Jehovas .....	80
5.3.1 Julius Engelhard .....	82
5.3.2 Hermine König und Josef Oberle .....	85
5.3.3 Franz Ruschmann .....	86
<b>6. Pädagogen und Lehrer .....</b>	<b>89</b>
6.1 Otto Büchler .....	90
6.2 Hubert Bollig .....	92
6.2 Maria Gress und Elisabeth Scheidel .....	97

<b>7. Polizeioffizier Werner Helfen</b> .....	101
<b>8. Ernst Rassek: Wegen „Judenbegünstigung“ verurteilt und inhaftiert</b> .....	105
<b>9. Ziviler Widerstand in der Endphase des Zweiten Weltkrieges</b> .....	109
<b>10. Verweigerung von Soldaten in den letzten Kriegswochen</b> .....	115
<b>11. Anneliese Knoop-Graf und die Weiße Rose</b> .....	123
<b>12. Schluss</b> .....	127
<b>Anmerkungen</b> .....	131
<b>Dank</b> .....	140
<b>13. Literaturverzeichnis</b> .....	141
13.1 Literaturangaben .....	141
13.2 Internetquellen .....	144
<b>Bildteil</b> .....	145

## 2. Widerstand und seine Formen – Versuch einer Begriffsbestimmung

Es ist sicher nicht einfach, den Menschen, die die Nazi-Diktatur und den damaligen Terror nicht aus eigener Erfahrung kennen, verständlich zu machen, was Widerstand gegen ein totalitäres System bedeutete. Trotzdem möchte ich in den folgenden Ausführungen versuchen, den Widerstandsbegriff und seine Methoden und Formen aus fachwissenschaftlicher Sicht zu definieren.

Da es im Dritten Reich auf so vielfältige Weise Widerstand gegeben hat, gestaltet sich eine passende Begriffsbestimmung nicht einfach. Auch in der historischen Fachwissenschaft ist eine präzise und einheitliche Definition umstritten und problematisch. Der Widerstandsbegriff muss deshalb differenziert betrachtet werden, d. h. von einem Widerstand im engeren Sinn sollte ein weiter Sammelbegriff, der sich auf zahlreiche verschiedene Formen bezieht, unterschieden werden. Eine wesentliche Problematik des Widerstandsbegriffs besteht darin, dass bei einer allgemeineren Definition der Begriff unbestimmt und unklar wirkt, während bei einem engeren Verständnis, relativ viele Handlungen nicht mehr zum Widerstand zählen: „Das eine Extrem steht für die Auffassung, der Begriff ‚Widerstand‘ sei auf jene Handlungen begrenzt, die geeignet waren, die NS-Diktatur zu beseitigen. Dies würde den Begriff auf den Widerstand des Militärs einschränken. Das andere Extrem liegt dort, wo die Grenze zwischen bloßem Nonkonformismus und Widerstand verwischt wird.“<sup>1</sup> Angelehnt an v. Helfeld<sup>2</sup> lässt sich der folgende Definitionsversuch formulieren: Als Widerstand gegen den Nationalsozialismus lassen sich Handlungsweisen bezeichnen, die in ihrer Art abhängig waren vom jeweiligen Grad der Etablierung der Nazi-Diktatur und die darauf abzielten, das politische System des Nationalsozialismus entweder aus persönlichen, politischen, humanen oder religiösen Gründen als einzelnes Individuum oder im Rahmen einer Gruppe mit den zur Verfügung stehenden und sinnvoll erscheinenden Mitteln zu bekämpfen. Für die Einschätzung des Widerstandshandelns ist der Wille und der Vorsatz der Person entscheidend, „das ihm vorgegebene Unrechtssystem zu beseitigen oder es wenigstens in entscheidenden Politikbereichen zu korrigieren, zu schwächen, zu schädigen.“<sup>3</sup> Eine Definition von Steinbach versucht Widerstand als eine Form abweichenden Verhaltens zu bestimmen, wobei eine vielfältige Bandbreite widerständiger Möglichkeiten angegeben wird: „Vom passiven Widerstand und der Verweigerung über die innere Emigration, den ideologischen Gegensatz und die bewußte Nonkonformität zum Protest, zur offenen Ablehnung und schließlich zur Konspiration, die sich sowohl auf die gedankliche Vorbereitung der Neuordnung nach dem des NS-Staates konzentrieren konnte als auch versuchen mußte, aktiv den Umsturz des Regimes vorzubereiten und durchzuführen.“<sup>4</sup>

Mit einem Überblick über verschiedene Formen und Methoden des Widerstands möchte ich im Folgenden zur Systematisierung des Widerstandsbegriffs beitragen. Markmann unterscheidet zwischen passivem und aktivem Widerstand. Er zählt Handlungsweisen wie z. B. Emigration, Desertation, Verbleiben im Amt zur Obstruktion, individueller Rücktritt vom Amt, Sabotage (militärische Obstruktion, Verrat militärischer Geheimnisse), Gehorsamsverweigerung und Streik zum passiven Widerstand. Unter aktivem Widerstand versteht er Methoden wie „geistige Waffen“ (Flugblätter, konspirative Gespräche, illegales Memorandum) und Gewaltmethoden (Überfälle, Brandstiftung, Attentat, offener Aufstand).<sup>5</sup>

## 4. Widerstand aus der Arbeiterbewegung (KPD, SPD)

### 4.1 Beispiele

Schon vor der Machtübernahme von Hitler und seiner NSDAP hatten sich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter mit der Politik der Nationalsozialisten auseinandergesetzt und sich dagegen gewandt. Deshalb erfolgte auch der erste Widerstand gegen die neu errichtete Diktatur aus den Organisationen der Arbeiterbewegung. Nach dem die Nationalsozialisten seit dem 30. Januar 1933 zunehmend die politische Macht an sich rissen, wurden alle linken Arbeiterparteien und -organisationen relativ schnell verboten. Besonders der Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 löste eine Verfolgungswelle aus, die die KPD und deren Mitglieder am härtesten traf. Jedes zweite der insgesamt rund 300 000 registrierten Parteimitglieder wurde mehr oder weniger lange inhaftiert.<sup>1</sup> In der frühen Phase des NS-Regimes wurden 60 000 kommunistische und sozialdemokratische Aktivisten verhaftet, wobei 2 000 ihr Leben verloren.<sup>2</sup>

Am 5. März 1933, dem Vorabend der Reichstagswahlen, führten die NSDAP, SA, Stahlhelm und Hitlerjugend in Baden-Baden einen Fackelzug durch, der sich vom Lichtentaler Brahmplatz bis zum Leopoldsplatz hinzog. Die Polizei hatte „vorsorglich“ bekannte Kommunisten der Stadt in das Gefängnis (Gernsbacher Straße) eingesperrt. So wurden beispielsweise am 3. oder 4. März 1933 folgende KPD-Mitglieder in Baden-Baden verhaftet:

- Karl Hörth (geboren am 12. Februar 1896 in Baden-Baden, Ortsgruppenführer der KPD, gefallen am 7. März 1944 in Treviso)
- Franz Göbel (Herausgeber der Parteizeitung „Kurstadtprolet“). Er kam anschließend in das KZ Ankenbuck (Schwarzwald-Baar-Kreis), aus dem er am 22. Dezember 1933 wieder entlassen wurde.<sup>3</sup>
- Bernhard Bachmann (geboren 1901 in Wurzach, Führer des Kampfbundes gegen Faschismus)
- Karl Schmidt (geboren 1890 in Heidelberg, Führer der Roten Hilfe)
- Karl Wallenwein (geboren am 14. November 1891 in Egstadt, Maler, Führer der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit, gestorben am 7. Mai 1945)
- Fritz Becker (geboren 1910 in Baden-Baden, Kurier der KPD)
- Casimir Cieslick (geboren 1880 in Cuhren).<sup>4</sup>

In einem Schreiben des Bezirksamtes Rastatt vom 12. März 1933 an den Reichskommissar für Baden, Robert Wagner, wurde über Maßnahmen gegen Führer und Funktionäre der SPD und der KPD wie folgt berichtet: „Durch umfassende Maßnahmen wurden von der Polizei und Gendarmerie unter Heranziehung von SS und SA von Rastatt und Umgebung in den letzten Tagen die maßgebenden Führer und Funktionäre der KPD und SPD in Schutzhaft genommen. Neben den schon am 1. und 3. März 1933 festgenommenen zehn führenden Mitgliedern der KPD wurden in der Nacht vom 11./12. März weitere 38 Personen in Schutzhaft genommen, von denen 26 der KPD und 12 der SPD zuzurechnen sind.“<sup>5</sup>

Die SPD wurde am 22. Juni 1933 als staats- und volksfeindliche Partei verboten. Von der ursprünglich legalen Opposition gegen die Nationalsozialisten kommt von Anfang an aus den Reihen beider Parteien Widerstand gegen das NS-Regime. Widerstand aus dem Kreis der organisierten Arbeiterschaft mobilisierte auch die „Eiserne Front“. Diese Organisation war 1931 auf Initiative des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ (überparteiliches, von Sozialdemokraten dominiertes Bündnis von SPD, Deutscher Zentrumspartei und Demokratischer Partei zum Schutz der Republik gegen ihre Feinde an den politischen Rändern, gegründet 1924) gegründet worden, um dem Zusammenschluss der Rechtsextremisten in der „Harzburger Front“ (NSDAP, Deutschnationale Volkspartei und „Stahlhelm“) eine Antwort gegenüberzustellen. Das Ziel des Zusammenschlusses von „Schwarz-Rot-Gold“, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (Afa-Bund), der SPD und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes (ATSB) in der „Eisernen Front“ bestand in der Mobilisierung aller republikanischen Kräfte zur Verteidigung der Weimarer Republik. Mit der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, der Zerschlagung der Gewerkschaften und dem Verbot von „Eiserner Front“ und „Reichsbanner“ (März 1933) wurden die Mitglieder von beiden Organisationen ebenfalls systematisch verfolgt. Schon bald nach der Machtübernahme der Nazis begann die Bildung von Widerstandsgruppen. SPD und KPD versuchten in der Illegalität durch organisatorische Anstrengungen zur Erhaltung des Parteigefüges (Um- und Neugliederungen, konspirative Treffs, Aufbau von Zellen) und durch den Vertrieb von teils in geheimen Druckereien in Deutschland, teils im Ausland hergestellten Flugblättern, Broschüren und Flugschriften der Entmutigung entgegenzuwirken, den Widerstandsgeist aufrechtzuerhalten und frühere Mitglieder der Organisationen zu informieren und zu schulen.

Auch auf lokaler Ebene gab es in der mittelbadischen Region einzelne Aktionen, mit denen Mitglieder und Funktionäre von Arbeiterparteien bzw. -organisationen ihre Gegnerschaft zur NS-Diktatur zum Ausdruck brachten. Von mehreren demonstrativen Aktionen in der Öffentlichkeit soll nun berichtet werden:

- Nachdem die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 die Macht übernommen hatten, fand am 31. Januar am Nachmittag in Durmersheim eine Demonstration dagegen statt, an der mehr als 200 Personen teilnahmen. Am Abend versammelte sich eine Gruppe, um weiter zu demonstrieren, denn es tagte zu diesem Zeitpunkt der Gemeinderat: „Durmersheim, 1. Februar. (Erstürmung des Rathauses von Arbeitslosen und Kommunisten). In den gestrigen Nachmittagsstunden fand ein Umzug der hiesigen Kommunisten und Erwerbslosen statt, dem sich eine Demonstration vor dem Rathaus anschloß, wobei ein fremder Redner sprach. In den Abendstunden versammelten sich die Erwerbslosen und die Kommunisten wiederum vor dem Rathaus, wo gerade der Gemeinderat tagte, und verlangten Einlaß. Die hiesige Gendarmerie und Polizei verwehrte ihnen dasselbe, worauf sich die Kommunisten und die Erwerbslosen mit Gewalt Einlaß in das Rathaus verschafften, um dort vom Gemeinderat Brot und Arbeit zu verlangen. Die Gendarmerie verständigte sofort die Rastatter Schupo, die dann auch innerhalb zehn Minuten zur Stelle war. Sie säuberte sofort das Rathaus und die umliegenden Straßen. Es kam dabei zu mehreren Verhaftungen. Nach Feststellung der Personalien wurden die Inhaftierten wieder entlassen.“<sup>6</sup> Im März 1933 wurden wegen dieser Vorkommnisse acht Personen aus Durmersheim und ein Einwohner aus Mörsch wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nötigung angeklagt. Anlässlich der Zerstörung einer neu gepflanzten Hitler-Linde äußerte sich die NSDAP-Ortsgruppe Durmersheim im „Hardt-Anzeigen“ vom 13. August 1933 wie folgt: „An alle Bürger, die auf Ordnung und gesittete Verhältnisse in unserer Gemeinde Wert legen, richten wir die Aufforderung, mitzuhelfen an der Ausrottung dieses Übels. Wir bitten Sie, legen Sie alle Gefühlsduselei gegenüber vaterlandslosen Elementen ab; sorgt dafür, daß diesen skrupellosen